

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,  
liebe Freudenberger, verehrte Vertreter der Presse,

ein herausforderndes Jahr endet in wenigen Tagen. Die Pandemie hat weiter unser Leben bestimmt. Als der Kreis Siegen-Wittgenstein Ende April 2022 seine tägliche Corona-Berichterstattung einstellte, hatten sich 4.841 unserer Freudenberger Mitbürgerinnen und Mitbürger infiziert, 13 waren bis dahin an Covid 19 gestorben.

Wir haben viel Leid erlebt, aber auch eine Menge Hilfe und Unterstützung. Menschen haben sich für Mitmenschen eingesetzt. Das verdient großen Respekt.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ab dem 24. Februar brachte jeden Tag für die betroffenen Menschen Not und Lebensangst und hat die Welt in eine Krise gestürzt. Das unendliche Leid treibt Menschen in die Flucht. Auch unsere Stadt gibt vielen Flüchtenden zeitweise eine Heimat. Bürger stellten Wohnungen zur Verfügung und halfen den Betroffenen bei ihren Wegen, um Hilfe zu erhalten. Diese internationale Krise hat damit kommunale Auswirkungen.

Wir haben ausdrücklich allen zu danken, die privaten Wohnraum zur Verfügung gestellt und so ganz praktisch Menschen in Not geholfen haben.

Ich will in den Dank ausdrücklich die Mitarbeiter der Verwaltung für so manche unbürokratische Handhabung dieser Herausforderung einbeziehen.

An dieser Stelle hat „Verwaltung“ gut funktioniert, was leider nicht für das ganze Haus zutrifft.

Die durch den Krieg ausgelöste Strom- und Gas-Krise trifft uns direkt auf der örtlichen Ebene. Und damit sind wir beim städtischen Haushalt in Freudenberg.

Der Kämmerer beklagt drastische Mehraufwendungen für Energie. In der Tat, Preise sind explodiert, wir sind in eine fatale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gekommen.

Aber ein Umsteuern auf erneuerbare Energie war bereits vor dem Krieg empfohlene Handlungsmaxime. Deshalb **beantragte die CDU-Fraktion** bereits im letzten Jahr die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden. Dafür sollte eine Position in den Haushalt aufgenommen werden. Das Land hätte die genannte Summe durch Förderungen mit bis zu 80 Prozent refinanziert.

Der Skandal ist: Die Aufnahme dieser Position in den Haushalt 2022 wurde mit den Stimmen der SPD und der Bürgermeisterin abgelehnt.

Ein schwerer Fehler, wie sich herausstellen sollte, denn für 2022 wurde unter anderem wegen absehbarer Preiserhöhungen für Strom eine massive Kostensteigerung für Energie in den Haushalt aufgenommen.

Diese Fehleinschätzung setzt sich trotz der schärfsten Krise weiter fort. Verwaltung und SPD-Fraktion verweigern sich Hand in Hand notwendigem Handeln. Denn auch die erneute Beantragung von Haushaltsmitteln im Haushalt 2023 für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden wurde erneut abgelehnt!

Das ist finanz- wie klimapolitisch ein absolutes Versagen!

Die Verwaltung lässt einerseits durch den Kämmerer eine dramatische Haushaltslage darstellen und zum Angriff auf „freiwillige Leistungen“ blasen, während das Bemühen um eigene Verbesserungen auf der Strecke bleibt. Schon in diesem Jahr und noch mehr in den Folgejahren hätten bereits massive Einsparungen für Stromkosten durch Photovoltaik realisiert werden und zu einer spürbaren Entlastung des Haushalts beitragen können.

Meine Damen und Herren,

es ist nicht zu fassen: Da trägt die SPD-Fraktion bei der letztjährigen Haushaltsplanberatung vor: „Nachhaltigkeit steht für Ressourcen-schonend einerseits und andererseits auch für Investitionen mit der Folge der Einsparung laufender Kosten.“ und gehandelt wird von ihr und Verwaltung genau im Gegenteil.

Ich erinnere mich noch gut an die Worte des SPD-Fraktionsvorsitzenden „Nachhaltiges Handeln ist hier die Lösung“. Stattdessen werden Beschlüsse in diese Richtung hin verhindert: Nicht-Handeln scheint sich zur bequemen Programmatik zu entwickeln.

Absurder kann es nicht mehr werden - denkt man. Aber es geht weiter. Die SPD hat die Förderung von privaten, sogenannten „Balkonkraftwerken“ durch die Stadt beantragt, in den Gremien durchgesetzt und glaubt, dafür müsse sie gefeiert werden.

Viel richtiger wäre genau im Sinne der Nachhaltigkeit, die Förderung auch auf andere Photovoltaiksysteme auszuweiten, um so ressourcen- und dauerhaft kostenschonende Anreize für Privathaushalte zu schaffen. Das hat die **CDU-Fraktion beantragt**. Und dies wurde erneut mit den Stimmen der SPD und - man wundert sich - auch mit den Stimmen der Grünen abgelehnt.

Man möchte im Klein-Klein verharren, anstatt die Zeichen der Zeit zu erkennen. Es muss viel mehr getan werden. Symbolhandlungen reichen nicht, vielleicht der SPD, aber nicht zur Problemlösung. Hier wurden Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt und ihrer Bürger sehenden Auges blockiert!

Nicht nur in unserer Stadt fragen sich Viele, wofür stehen die Freudenberger Grünen eigentlich noch. Sowohl klimafreundliche Beschlüsse werden blockiert wie auch die nachhaltige Lösung des Angebots von Stoffwindelprämien bekämpft. Im grünen Grundsatzprogramm heißt es "Veränderung schafft Halt." Aber dann muss man zu Veränderungen bereit sein und eben auch Haltung zeigen und sich nicht wegducken.

Auch in anderen Betätigungsfeldern setzt sich dieser Trend zur Kurzsichtigkeit, oder sollte man sagen, zur Unfähigkeit, langfristige Entwicklungen zu erkennen und frühzeitig darauf zu reagieren, leider fort. Wie anders ist das Verhalten von SPD-Fraktion und Verwaltungsspitze im Bereich der Tourismusförderung zu erklären?

Lassen Sie mich ein Beispiel benennen.

1. Im letzten Jahr wurde **auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen**, dass für drei Wohnmobilstellplätze am Gambachsweiher Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten geschaffen werden sollten. Außerdem enthielt dieser Beschluss die Aufforderung, die Entwicklung der

Annahme dieser verbesserten Stellmöglichkeiten zu beobachten und in diesem Jahr über eine ggf. notwendige Erweiterung zu beraten. Nun, jeder weiß, dass die verbesserten Stellplätze sich in der abgelaufenen Saison sehr starker Beliebtheit erfreuten. So stark, dass regelmäßig mehr als doppelt so viele Wohnmobile den Platz aufsuchten. Chancen, für den Tourismus, die man für Freudenberg z. B. auch im Hinblick auf die ortsansässige Gastronomie und den Einzelhandel nutzen sollte. Der daraus abgeleitete **Antrag der CDU-Fraktion**, sich - entsprechend dem bekannten Beschluss – erneut mit dem Thema zu beschäftigen, wurde mit den Stimmen der SPD, und erneut mit den Stimmen der Grünen, nicht etwa in der Beratung abgelehnt, sondern erst gar nicht zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen! Ein Affront und ein beispielloser Akt der Ignoranz, wie wir meinen.

Das ist die Stelle, erneut das Strategiepapier der SPD aus dem letzten Jahr in Erinnerung zu rufen. Darin hieß es: „Wir (die SPD) wollen den Tourismus gemeinsam mit Einzelhandel und Gastronomie (...) zu einem wesentlichen wirtschaftlichen Standbein unserer Stadt entwickeln.“

Genau das Gegenteil ist geschehen. Beiden Bereichen wurde „ein Bein gestellt“. Viel Lärm um nichts und: für Freudenberg wurde nichts von Substanz erreicht, ja sogar verhindert!

Entscheidende Aspekte für den Haushalts sind sicherlich die Einnahmen, die die Stadt aus Grund- und Gewerbesteuern erzielt. Insbesondere die Gewerbesteuer ist eine nicht unerhebliche Größe im städtischen Portfolio. Allein dieser Aspekt sollte Anregung genug sein, ansässige Firmen zu stärken, und neuen Unternehmungen Möglichkeiten zur Entwicklung zu geben. Wir brauchen Gewerbeflächen, die wirklich geeignet sind und genutzt werden können.

Die **CDU** hat sich zu Beginn dieses Jahres dem Vorschlag, die Planungen für ein mögliches GIB „Wilhelmshöhe Nord“ endgültig einzustellen, angeschlossen. Dabei war uns allerdings immer wichtig, dass dann eben an anderer Stelle Optionen geschaffen werden müssen, die realistisch die Nachfrage im Blick haben und die zukunftssicher sind. Daher haben die **Fraktionen von CDU und FDP gemeinsam** im ersten Halbjahr dieses Jahres **einen Antrag eingebracht**, der

- ein Brachflächen-Kataster fordert, um schon einmal genutzte Flächen zu erkennen und ggf. einer neuen Gewerbenutzung zuzuführen
- eine Prüfung vorrangig solche Flächen vorzunehmen fordert, die sich aufgrund der aktuellen Vegetation sowie ihrer Lage als Option in Frage kommen
- für potenzielle Gewerbeflächen ein nachhaltiges Konzept bzgl. Bebauung, Parkraum, Energienutzung, -erzeugung und -speicherung zu entwickeln, einfordert.

Im Antrag wurden zudem konkrete Flächen benannt, die einer ggf. erneuten Untersuchung unterzogen werden sollten. Alle diese genannten Optionen sollten im gemeinsamen Interesse der Stadt umweltschonenden sowie klimafreundlichen Raum geben für Handwerk, Industrie und Gewerbe in Freudenberg.

Aber weit gefehlt! Auch dieser Antrag wurde erneut von SPD und Grünen schon bei Einbringung abgelehnt und ihm eine Beratung im zuständigen Ausschuss verweigert!

Ein weiterer unsäglicher Vorgang in der Geschichte des Rates der Stadt Freudenberg, der zum Ausdruck bringt: Zusammenarbeit wird hochnäsiger zurückgewiesen.

Bemerkenswert: In diesem Zusammenhang kündigte die SPD an, sie wolle bis zum Herbst ein eigenes Konzept gemeinsam mit den Grünen vorstellen.

Nun, darauf warten nicht nur wir, sondern die interessierte Öffentlichkeit bis heute.

Warten muss im Übrigen auch der Regierungspräsident. Durch unsere Anfrage, wie denn Arnsberg auf die Aufgabe von GIB Wilhelmshöhe-Nord reagiert habe, mussten wir jetzt erfahren, dass die Bürgermeisterin ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist, Ratsbeschlüsse auch auszuführen. Konkret: Der RP hätte für seine weiteren Planungen über das Votum schriftlich informiert werden müssen.

Wenn der Bürgermeisterin der Ratsbeschluss nicht gepasst hat, hätte sie, so gibt ihr die Gemeindeordnung die Möglichkeit, diesen Beschluss beanstanden können. Hierzu fehlte ihr offensichtlich der Mut.

Wenn Mut – und andererseits Tatkraft fehlen - oder, wie bei der Frage des Bau-Dezernenten - auf zusätzliche Kompetenz und Verwaltungskraft ausdrücklich verzichtet wird, spiegelt das eine Verwaltung wider, wie sie halt auch so ist.

Das hindert die SPD allerdings nicht daran, zu verkünden, „Politik muss ehrlich und verlässlich handeln“. Ein Hohn in den Ohren jener, die Betriebe ansiedeln oder erweitern möchten und händeringend auf Möglichkeiten in Freudenberg warten.

Trotzdem mein Appell: Freudenberg braucht geeignete Entwicklungsflächen. Unternehmen brauchen Raum. Freudenberger benötigen sichere Arbeitsplätze. Unsere Stadt lebt von Steuereinnahmen. Deshalb sollte weiter ein Austausch aller Fraktionen darüber möglich sein, eine Einigung für eine Gewerbeentwicklung im Einklang von Ökonomie und Ökologie zu erreichen.

Die **CDU ist dazu bereit**. Denn auch alle sozialen und freiwilligen Leistungen, auf die wir nicht verzichten wollen, leben davon, dass es dieser Stadt wirtschaftlich gut geht.

Gerade auch wegen des letzten Punktes ist es umso bedauerlicher, dass nach dem Willen von SPD und der Bürgermeisterin, die Stelle des Baudezernenten nicht wieder neu besetzt werden soll. Stattdessen: Das Baudezernat wurde zerschlagen und jeweils hälftig der Verantwortung der Bürgermeisterin und des 1. Beigeordneten unterstellt. **Aus Sicht der CDU eine fatale Entscheidung**, die im Übrigen auch in den aufgezeigten Bereichen Gewerbeentwicklung, Klimapolitik oder Tourismus bereits ihren negativen Niederschlag gefunden hat.

Gerade Freudenberg mit seiner historischen Bausubstanz im Stadtkern wie in den Ortsteilen, mit seinen aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in gesamtstädteplanerischen Zusammenhängen benötigt dringend Jemanden, der diese Themen zusammenführt, weiterdenkt, nach außen vertritt und nach innen auf den Weg bringt - eben einen Baudezernenten, der Stadtentwicklung als Ganzes denkt.

Dass diese Perspektive fehlt, **hält die CDU für eine dauerhaft schädliche Entwicklung**, die Freudenberg nicht nach vorne bringt.

Einzig und allein der Stellenplan für 2023 hält die vage theoretische Option aufrecht, dass eine Besetzung möglich wäre, wenn denn Bürgermeisterin und SPD ihren Boykott dagegen aufgeben und sich nicht gegen weiteren Sach- und Fachverstand zur Stadtentwicklung sperren.

Apropos Stellenplan: Hier zumindest ist positiv zu vermerken, dass die Stadt weitere Ausbildungsplätze in den unterschiedlichen Bereichen anbietet, und so jungen Menschen eine Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz bietet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
ein weiteres Thema hängt auch mit „Planung“, aber auch mit „politischem Klima“ zusammen. Die **CDU-Fraktion beantragte** bereits 2017, für Freudenberg solle ein Radfahrkonzept erarbeitet werden, weil viel mehr Menschen Radfahren nicht mehr nur für die Freizeit nutzen. Dieser Antrag wurde jedoch mit dem Hinweis auf Seite gelegt, es werde ein kreisweites Radwegekonzept erstellt, in dem auch Freudenberg eigene Vorstellungen einbringen könne. Bereits im Vorfeld des o.g. Antrags habe ich der damaligen Tourismusbeauftragten der Stadt Freudenberg zahlreiche Radtourdaten (gpx Daten) der Fahrradgruppe des CVJM Büschergrund - in Absprache mit dem damaligen Tourenleiter – angeboten. Eine Reaktion darauf ist nie erfolgt.

Jetzt kommt die Überraschung: Im letzten Beratungsblock des Rats stellt die SPD-Fraktion den Antrag, die Verwaltung möge eine „Freudenberger Radrunde“ entwickeln. Noch bevor der Rat darüber befinden kann, tagt nach Auskunft der Bürgermeisterin dazu bereits - nicht öffentlich - eine ausschließlich von ihr bestimmte Gruppe.

Man reibt sich verwundert die Augen und fragt sich:

- Sollte nicht jetzt zunächst das kreisweite Radwegekonzept umgesetzt werden?
- Wie kann es sein, dass die **eine Fraktion (CDU) einen Antrag stellt**, dieser jedoch nicht beachtet wird, die andere Fraktion (SPD), einen Antrag nach einiger Zeit nachschiebt, der nun unabhängig vom Kreiskonzept eine bevorzugte Behandlung durch die Verwaltung erfährt?

Aus Haushalts-Sicht muss zudem festgestellt werden, dass offensichtlich Radwege-Planung und Finanzierung überhaupt nicht mehr zusammen passen. Da wird für 2022 die erhebliche Summe von 500TEUR für die Umsetzung des Radwegekonzeptes im Haushalt eingeplant, tatsächlich aber nur knapp 50TEUR genutzt. Die nicht verwendeten Mittel von 450TEUR werden automatisch ins Jahr 2023 übertragen, so dass nun, zusätzlich zu den erneut ausgewiesenen Mitteln in Höhe von 500TEUR in Summe ein Rad-Etat von 950TEUR, also fast einer Million, eingeplant ist.

Meine Damen und Herren, hier muss doch die Frage erlaubt sein, wie die Stadt Freudenberg diese Mittel überhaupt einsetzen kann. Wir halten diese Planung für völlig utopisch! In diesem Zusammenhang sei der Hinweis erlaubt, dass der Kreis „nur“ 500TEUR für diese Projekt für 2023 ansetzt.

Bei der Frage „Was macht Freudenbergs Lebenskraft aus?“ kommt das große ehrenamtlichen Engagement in den Blick - und, weil wir quasi im „Krisenmodus“ leben, gerät der Brand- und Katastrophenschutz besonders in den Fokus.

Das Engagement von Männern, Frauen, Jugendlichen und Kindern in Löschgruppen unserer Feuerwehren ist von hoher Bedeutung, die sich Zahlen ablesen lässt. So ist auch der neue

Brandschutzbedarfsplan wieder auf eine qualitativ hohe, indes angemessene Ausstattung der Wehren ausgelegt. Gleichzeitig trägt er den neuen, klimabedingt intensiver werdenden Gefahren durch Hochwasser und Waldbrände Rechnung. An dieser Stelle ist ein Dank, zum einen für die Erarbeitung dieses Plans, zum anderen für den Einsatz aller Feuerwehkräfte angebracht. Dieser Dank, diese Anerkennung, der Respekt vor diesen Leistungen muss einfach auch im Mittelpunkt einer solchen Sitzung stehen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass darüber hinaus der Katastrophenschutz eine immer größere Bedeutung gewinnt, auch vor dem Hintergrund möglicher Energieengpässe oder Stromabschaltungen, die uns allen bevorstehen könnten. Auf Anfrage an die Verwaltung, welche Aktivitäten in dieser Richtung entfaltet werden, wurde mitgeteilt, dass ein Krisenstab gebildet wurde, gemeinsam mit der Feuerwehr würden Themen bearbeitet und im Übrigen sei der Kreis für eine überörtliche Planung verantwortlich.

Das, Frau Bürgermeisterin, ist zu wenig! Keinem Bürger Freudenbergs ist Stand heute klar, welche Maßnahmen für den Notfall getroffen wurden, oder wie man im Ernstfall zu reagieren gedenkt. Nur ein Anklick-Button auf der Homepage reicht nicht aus. Schlug man in den vergangenen Wochen die Zeitung auf, konnte man aus den umliegenden Kommunen erfahren, wie konkret für eine Energiemangellage geplant wird. Aus Freudenberg erfährt man hingegen so gut wie nichts. Ich fordere Sie, Frau Bürgermeisterin auf: Schaffen Sie Transparenz, sorgen Sie für bürgernahe Informationen, für das Verständnis, dass sich jeder selbst auch ein Stück weit vorbereiten muss, und tragen Sie so dazu bei, Ängste vor Not und Mangellagen abzubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Zitieren möchte ich gerne Wilhelm Busch. Er lässt den Erzähler der Geschichte von Max und Moritz sagen:

„Aber wehe, wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe“.

Besser kann ich es leider auch nicht ausdrücken, wenn ich auf den Haushalt 2023 und die prognostizierte Entwicklung bis 2026 blicke. Das Jahr, in dem die Ausgleichsrücklage laut Prognose aufgebraucht sein wird, ein fiktiver Hausausgleich nicht mehr dargestellt werden kann und damit die Haushaltssicherung droht. Ein Zustand, in dem die Stadt keinen Spielraum mehr haben wird, selbstbestimmt zu gestalten.

Bei dem „Klagelied“ des Kämmerers über so bedrohliche Perspektiven habe ich allerdings auch eines vermisst:

In einer Pressemitteilung lässt der Landrat mit Blick auf den Architektenwettbewerb für ein, von ihm gewünschtes Erweiterungsgebäude formulieren. Es solle „ein völlig neues Stadtquartier - mit Kulturplateau, Stadtgarten, Stadtwohnzimmer und einem neuen Lüzplatz als Ausstellungs- und Eventfläche“ entstehen.

Das hat mit sparsamer Verwaltung und Rücksicht auf die kreisangehörigen Kommunen nichts mehr zu tun. Allerdings: Ein kritisches Wort der Bürgermeisterin dazu war nicht zu hören. Obwohl auch solche „Landrats-Träume“ Freudenberger Bürgerinnen und Bürger durch ihre Steuern mitbezahlen

müssen, in Zeiten, in denen Energiepreise explodieren und alle unter der inflationären Entwicklung leiden, ja, die Menschen in großer Sorge leben.

Ihnen, Frau Bürgermeisterin, sollte Freudenberg mehr am Herzen liegen. Für Freudenbergs Interessen sollten Sie den Mut haben, Plänen, die überhaupt nicht in die Zeit passen, auch deutlich zu widersprechen. Daran sollte Sie auch Ihre geliebte Funktion als SPD-Unterbezirksvorsitzende nicht hindern.

Der Haushalt 2022 und auch der für das Jahr 2023 hätten aus **Sicht der CDU** wichtige und vor allen klimapolitisch wichtige Initiativen setzen und Investitionen anschieben können. Dies ist deutlich unzureichend geschehen. Weil zudem falsche Impulse gesetzt werden, wird die **CDU-Fraktion diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen** können.

Für die Beratungen haben die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei korrekte Daten zum Haushalt 2023 geliefert und für Fragen zur Verfügung gestanden. Dafür danke ich.

Am Ende will ich den eindringlichen Wunsch signalisieren, dass zukünftig mutiger und verantwortungsvoller in die Zukunft gedacht und geplant wird. Die **CDU Freudenberg bleibt weiterhin offen für Gespräche** und für einen ernsthaften und konstruktiven Dialog im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die Bürgermeisterin-Fraktionen müssen allerdings einen solchen Dialog auch wollen.

Vielen Dank.

Christoph Reifenberger, im Dezember 2022

**Es gilt das gesprochene Wort**